Der Bonner Diplom-Mathematiker **Wolf Göhring** (86) ist ein alerter Zeitzeuge bundesrepublikanischer Geschichte und Friedensaktivist seit Mitte der 1960er-Jahre. Während Menschen in seinem Alter – Linke oder Ex-Linke zumal – Seiten oder Barrikaden wechselten, blieb er sich treu und versucht als partout „Kriegsuntüchtiger" zum Schluss dieses Interviews, einen marxistischen Weg zu einer friedlichen Welt zu skizzieren. Für die NachDenkSeiten führte **Rainer Werning** ausgiebige Gespräche mit Wolf Göhring, deren Teil I und Teil II Sie hier und hier nachlesen können.

Rainer Werning: Sie kamen nach Hannover, Erlangen und Konstanz schließlich in Sankt Augustin bei Bonn in der im April 1968 gegründeten öffentlichen Forschungseinrichtung Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) an. Spielten dort Fragen wie Mitbestimmung, Geheimhaltung und Militärforschung eine Rolle?

Wolf Göhring: Willy Brandts Diktum *„Mehr Demokratie wagen"* gehörte zur Aufbruchstimmung der jungen Leute, die ich kannte. Sie hielt bis in die 1970er-Jahre an. Das neue Betriebsverfassungsgesetz brachte „mehr Demokratie an der Werkbank". Das kontrastierte mit der in den frühen 1960ern kolportierten Äußerung des später ermordeten Hanns Martin Schleyer: *„Die Demokratisierung von Schulen und Betrieben ist so unmöglich wie die von Zuchthäusern."*

Das sahen wir in der GMD anders. In wissenschaftlich-technischen Belangen wurde Mitbestimmung eingefordert. Es waren informelle Strukturen entstanden: Es gab Versammlungen aller Beschäftigten eines Instituts, auch beispielsweise der Sekretärinnen und der Operateure an den Rechnern. Jede Versammlung wählte einen Sprecher, die Sprecher aller Institute bildeten den Sprecherrat, der aus seiner Mitte die Hälfte in den Wissenschaftlichen Rat entsandte, dessen weitere Mitglieder die Institutsleiter stellten. In der GMD gab es auch eine rührige Gruppe der Gewerkschaft ÖTV, deren Mitglied ich wurde. Wir wollten unser Wissen über Entwicklungen der Datenverarbeitung in die Gewerkschaften tragen; die Forschung der öffentlich finanzierten GMD sollte ebenso öffentlich sein und der Gesellschaft zugutekommen.

Die angedeutete betriebliche Demokratie sollte in der Satzung der GMD, deren Gesellschafter der Bund zu 90 und Nordrhein-Westfalen zu zehn Prozent waren, abgesichert sein. Diese hatten bereits 1971 den Entwurf einer neuen Satzung für die 1968 gegründete GMD vorgelegt. Im Sommer 1974 – ich war mittlerweile einer der Sprecher – legten sie einen neuen Entwurf vor, der auch im Wissenschaftlichen Rat diskutiert werden sollte. Im alten Entwurf hieß es: *„Die Gesellschaft dient ausschließlich friedlichen Zwecken"*, was im neuen fehlte! Das konnte nur heißen, dass man uns Militärforschung aufdrücken wollte.

Nach allem, was ich über die Verbrechen der Wehrmacht, zu Nazioffizieren in der Bundeswehr erfahren hatte, was ich zur Billigung des Korea-, Algerien- und Vietnamkrieges sowie der Putsche im Iran von 1953 bis in Chile 1973 durch die Bundesregierungen beobachtet und was es an Versuchen zu einer atomaren Bewaffnung sowie zu einem „Roll-Back“ und einer „Vorwärtsverteidigung” gegenüber den sozialistischen Staaten gegeben hatte, gab es für mich nur ein *kategorisches Nein* zur Militärforschung. Mit dieser Haltung zog ich in die Sitzung des Sprecherrats. Die Debatte war eindeutig: Wir wollten die friedliche Zweckbestimmung in der Satzung sehen. Ich war für die nächste Sitzung des Wissenschaftlichen Rats neben anderen delegiert. Wir konnten einige Institutsleiter von unserer Forderung überzeugen und hatten die Mehrheit! Die ÖTV-Gruppe sah das genauso. Auf zahlreichen Versammlungen im Betrieb wurde die Forderung diskutiert. Einige meinten, auch Militärforschung könne friedlichen Zwecken dienen. Das war eine Minderheit, von der sich viele überzeugen ließen, dass das partout nicht zusammenpasst.

Von der ÖTV-Gruppe wurde ein Bündel an Forderungen formuliert: friedliche Zwecke, Mitbestimmung in wissenschaftlich-technischen Angelegenheiten durch alle Beschäftigten, sichere Arbeitsplätze, vor allem keine Zeitverträge, Veröffentlichung aller Arbeitsergebnisse, keine Geheimhaltung. Wir sammelten etwa 350 Unterschriften unter den knapp über 600 Beschäftigten, dabei hatten wir bei Weitem nicht alle angesprochen. Im Herbst lud Hans Matthöfer, Bundesforschungsminister, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, zu einer Anhörung. Gleich zu Beginn versuchte es Matthöfer kernig: Wer für die friedlichen Zwecke sei, sei Pazifist oder moskauhöriger Kommunist. Statt zu beruhigen, erntete er nur Empörung und etwa zehn eidesstattliche Erklärungen über den genauen Wortlaut seiner Erklärung. Am Ende wurde die Satzung von den Gesellschaftern ohne die Festlegung auf friedliche Zwecke vereinbart. Aber wir waren danach höchst unsichere Kadetten und für die Militärs unbrauchbar.

HANS MATTHÖFER
BUNDESMINISTER
FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

53 BONN-BAD GODESBERG, POSTFACH 120370
STRESEMANNSTRASSE 2
RUF (02221) 591

den 13.8.1975

An den
Betriebsrat der
Gesellschaft für Mathematik
und Datenverarbeitung mbH
- z.Hd. Herrn Göhring -
5205 St. Augustin 1
Postfach 1240

Eingegangen
DA 25.8.75
20. AUG. 1975
C 15.10.75
BR-Nr. 1464

Sehr geehrter Herr Göhring!

Ich habe Ihren Brief vom 17. Juli 1975 mit Erstaunen gelesen. In meinem Schreiben vom 6. November 1974 hatte ich meine Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß verteidigungsbezogene Forschung nicht in größerem Umfange an die GMD herangetragen werden sollte und daß in der GMD nur solche Projekte aus den einzelnen Bundesressorts bearbeitet werden sollen, die mit der Zielsetzung und Struktur des Forschungs- und Entwicklungsprogramms der GMD übereinstimmen.

Damit habe ich eine Mitwirkung der GMD an verteidigungsbezogenen Aufgaben in einem sinnvollen und zweckmäßigen Rahmen nicht ausgeschlossen. Ich kann Ihre Haltung, jegliche Unterstützung der vielfältigen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch Mitarbeit der GMD an entsprechenden Projekten grundsätzlich zu diskriminieren und zu verhindern, nicht verstehen. Sie überschreitet nach meiner Meinung auch Ihren Auftrag, nach dem BetrVG die Interessen der Arbeitnehmer der GMD zu vertreten.

Ich kann auch Ihrer Auffassung nicht folgen, verteidigungsbezogene Forschung stehe in einem Widerspruch zu friedlichen Zwecken dienenden Aufgaben. Mir ist daher Ihre Interpretation meines Schreibens vom 6. November 1974 unverständlich. Eine "gemeinsame Auffassung" in diesem Punkte, die Sie gegenüber den Mitarbeitern der GMD in Ihrem Rundschreiben vom 30. Juni feststellen, kann ich aus Ihrer Haltung zu dieser Frage nicht herauslesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans Matthöfer

(Matthöfer)

Abb. 10/ Matthöfer
Titel: Brief von Hans Matthöfer an den Betriebsrat zu „friedlichen Zwecken“
Quelle: (aus „Working within the System“, in: „Mathematics and War“, 2003)

Bei jedem sich bietenden Anlass wurde bekräftigt, dass wir gegen Militärforschung sind, beispielsweise bei US-Präsident Reagans Sternenkriegsplänen *SDI* oder als ein Referent im Forschungsministerium uns die Entwicklung „intelligenter” Panzerminen nahelegte. Sie sollten an der DDR-Grenze vergraben werden und im Kriegsfall am Geräusch erkennen, ob sich ein BRD- oder ein DDR-Panzer näherte. Im letzteren Fall sollte das Ding explodieren, wenn der Panzer darüber rollt. In der nächsten Betriebsversammlung denunzierte ich dieses Ansinnen. Ich forderte die Kollegen auf, sich ebenfalls nicht an der Entwicklung solcher Minen zu beteiligen. Ich erwähnte, wie ich auf der Bonner Hofgartenwiese mit Hunderttausenden das *Nein* gesprochen hatte, als Wolfgang Borcherts Gedicht „Sag Nein” rezitiert wurde. Mit großem Applaus wurde mir zugestimmt, und das schmutzige Ansinnen war vom Tisch.

Mein Amt als Sprecher endete im Juli 1974. Anfang 1975 kandidierte ich für den Betriebsrat, wurde Mitglied und zunächst dessen freigestellter Vorsitzender. Über die Auseinandersetzung um die friedlichen Zwecke berichteten wir in der alle acht Monate stattfindenden Konferenz der Betriebsräte von Forschungseinrichtungen, zu der jeder einzelne Betriebsrat zwei bis drei Delegierte entsandte. ÖTV und DAG nahmen ebenfalls teil. Für die Kernforschungseinrichtungen in Jülich und Karlsruhe gab es diese „Zivilklausel”, weil sonst die Westalliierten 1955 der BRD keine Kernforschung erlaubt hätten. Auf diesen Konferenzen wurde Militärforschung regelmäßig abgelehnt, beispielsweise, als die BRD Forschungsgelder aus dem US-Programm zu SDI abgreifen wollte.

Solche Diskussionen gaben Dietrich Schulze, dem langjährigen Betriebsratsvorsitzenden des *Kernforschungszentrums Karlsruhe (KFK)*, sicherlich einen Rückhalt, als er für die Aufrechterhaltung der Zivilklausel stritt, nachdem das KFK in dem *Karlsruher Institut für Technologie (KIT)* aufgehen sollte. Schulze konnte sich – nahezu 30 Jahre nach unserer betrieblichen Aktion – auf eine breite Friedensbewegung stützen. Die Forderung wurde weitergetragen, und zahlreiche Universitäten und einige Bundesländer legten sich auf eine Zivilklausel für die Forschung fest. Die Zeitenwendehälse stellen das knallhart in Frage.

Datenverarbeitung berührt den Datenschutz. Wie war das bei der GMD?

Ab den frühen 1970ern interessierte mich Datenschutz als Abwehrrecht des Bürgers gegenüber dem Staat. Da wäre das Personenkennzeichen PKZ zu nennen, das sich so leicht

mit der Datenverarbeitung zu machen lassen schien – bis das Bundesverfassungsgericht es als nicht verfassungsgemäß verwarf. Ein ähnlicher Anlauf war ein Bundesmeldegesetz, das bald nur noch als Bundesmelderechtsrahmengesetz forciert wurde. In der Einleitung der entsprechenden Bundestagsdrucksachen wurde regelmäßig die „Reichsmeldeordnung von 1938″ zum Vorbild genommen, bis sich der *Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)* gegen diese Anlehnung an den Faschismus wandte. Die Reichsmeldeordnung hatte 1938 den Zweck, jüdische Mitbürger und Wehrdienstverweigerer aus ihren Verstecken zu holen, nach Meinung des für die Bundestagsdrucksache verantwortlichen Ministerialbeamten ein „Kennzeichen eines modernen Staats"! In der Loseblattsammlung „Gesetze des Bundes" des Nomos-Verlags tauchte die Formulierung noch in den 1990ern in einem Kommentar auf.

Der Betriebsrat der GMD, dem ich bis 1990 zumeist freigestellt angehörte, stritt 1987-88 mit der Geschäftsführung um die Einführung einer ISDN-Telefonnebenstellenanlage. Der Betriebsrat hat mitzubestimmen, weil es sich um eine „technische Kontrolleinrichtung" handelt, bei der sich die Verbindungsdaten einzelner Telefonate speichern lassen. Mitbestimmen heißt mitgestalten. Der Betriebsrat verlangte die technischen Unterlagen. Geschäftsführung und Hersteller mussten liefern. Meine Tätigkeit bei Telefunken und später im Normenausschuss für Übermittlungsprotokolle und für Modems machten es mir möglich, den Papierwust zu sichten: Die gesamte Vermittlung wird durch einen programmierten kleinen Computer abgewickelt. Da lässt sich allerhand machen, beispielsweise abhören, indem die Sprachsignale nicht nur auf der von den Nutzern gewollten Verbindung, sondern auch zu einem geheimen Mithörer transportiert werden, mich dabei auch an frühere staatliche Abhörskandale erinnernd. „Raus damit!", forderten wir.

Auch viele weitere merkwürdige Leistungsmerkmale sollten erst gar nicht in der gelieferten Software vorhanden sein. „Geht nicht. Alles ist in einem großen Programm, da lässt sich nichts löschen!" So, und nach China sollen die Dinger auch geliefert werden. Dort wird abgehört, also ist bei uns die Abhörsoftware für den „kleinen Lauschangriff" auch drin! Der Betriebsrat legte eine Betriebsvereinbarung vor, die solches ausschließen sollte. Die Geschäftsführung, vertreten von einem Verwaltungsjuristen, der in den 1950ern, also weit vor dem aufkommenden Computerzeitalter studiert hatte, lehnte den Entwurf als viel zu weitgehend ab. „Für mich ist das ein ganz gewöhnliches Telefon", ließ er uns wissen. Der Hersteller wollte seine Anlage im harten Betrieb sehen, und so musste die Post die Anlage anschließen und nach ein paar Tagen unter Aufsicht eines Gerichtsvollziehers wieder vom Netz nehmen; zuvor hatte der Gute ein Spalier von Medienleuten passiert. Ein Arbeitsgericht hatte dem Antrag des Betriebsrats auf Erlass einer einstweiligen Verfügung stattgegeben, weil die nötige Betriebsvereinbarung fehlte. Drei Wochen später konnte der

Betriebsrat in einer Einigungsstelle seine wichtigsten Forderungen durchsetzen. Die Medien berichteten ausführlich. Aus der ganzen Republik fragten Betriebsräte nach dieser Sache; an die zweihundert Mal versendeten wir unsere Unterlagen. Das Problem des leichthändigen Lauschangriffs bei ISDN-Anlagen war publik.

Wie erlebten Sie die Friedenskundgebung in Bonn am 10. Juni 1982 auf der Hofgartenwiese, zu der 500.000 Menschen gekommen waren?

Das war eine gewaltige Kundgebung und ebenso gewaltig die Lautsprecheranlage, aus der Harry Belafontes *„We shall overcome"* über den Platz tönte. Beeindruckend die Rezitation von Wolfgang Borcherts Gedicht „Sag Nein" – *„Und wenn sie dir befehlen, du sollst einen neuen Tod für das alte Leben erfinden, dann gibt es nur eins: Sag Nein"*! Dieses Nein wurde an jeder Stelle des Gedichts von hunderttausenden Menschen mitgesprochen. Für mich war es ein klares, unumstößliches, persönliches Versprechen. Die Teilnehmenden, die so alt wie ich oder auch älter waren, hatten den Zweiten Weltkrieg erlebt. Sie wussten: So etwas darf nicht wiederholt werden. Das dürfte sie zu großem Teil bewogen haben, zu dieser Kundgebung zu kommen.

Es sind jetzt 43 Jahre vergangen, viele aus dieser Altersgruppe sind verstorben; ihre Stimme, ihre Aktivität fehlen. Die, die zehn Jahre jünger sind als ich, kennen die spätere Nachkriegszeit, ein paar Erzählungen der Älteren vielleicht, aber sie vernahmen auch reichlich Anti-Russen-Propaganda. Für die noch Jüngeren ist der Zweite Weltkrieg mindestens so weit weg, wie es für mich der Erste war. Gleichwohl lernte ich in meiner Jugendzeit einiges über ihn: Er war brutal, bestialisch; er war ein Vorspiel für den Zweiten.

Was kam Ihnen in den Sinn, als Ex-Bundeskanzler Scholz den Begriff der „Zeitenwende" bemühte und die erneute Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland verkündete?

Mit Raketen scheinen einige Leute mal wieder einen Höllenritt nach Moskau vorzuhaben. Sie sollten bedenken, dass Napoleon und Hitler an einem solchen Vorhaben scheiterten.

Scholz' beschworene „Zeitenwende" beendete meinen Ruhestand. Vieles ging mir durch den Kopf. Ich baggerte im Internet nach einem SPD-Plakat von 1953, an das ich mich erinnerte. Es zeigt einen auf Krücken durch eine zertrümmerte Stadt humpelnden Krüppel, betextet mit *„Nie wieder – Darum verhandeln. SPD"*.


Nie wieder!
darum verhandeln
SPD

Abb. 11/ SPD
Titel: Plakat der SPD zur Bundestagswahl 1953

Die heute hinausposaunte Propaganda erinnerte mich an die Nazizeit. Ich las Originale: Goebbels Sportpalastrede, Hitlers Ansprache am 22. Juni 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion, heute im Internet abrufbar, kürzlich auch seine Ansprache am 1. September 1939 nach dem Überfall auf Polen. Außerdem las ich in der 1961 erschienenen Dokumentation *„Juni 1941″ sowie Anton Zischkas „Ölkrieg, Wandlung der Weltmacht Öl”*, Auflage vom Mai 1940, vermutlich von meinem Vater gekauft. Zischka schreibt darin vom US-Imperialismus; ein deutscher kommt nicht vor, wiewohl das Deutsche Reich sich seit Hitlers Machtantritt imperialistisch aufführte. Der Krieg wird als „aufgezwungener” bezeichnet, Hitler als jemand beschrieben, der eigentlich immer nur Frieden wollte, denn er habe die Kohleverflüssigung in industriellem Maßstab gestartet. Dies befreite Staaten mit großen Kohlevorkommen von der Ölabhängigkeit und verminderte die Gefahr von Kriegen um Öl. So verschleiert man eigene imperialistische Ziele; mit solchen Flötentönen fängt man Ratten.

Umso zeitloser Karl Liebknechts Satz: *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land.”* Mein Vater nahm es anders. Im Morgengrauen des 22. Juni 1941 schoss er am Bug bei Brest-Litowsk ein Foto. Es wurde veröffentlicht und trägt die Unterschrift: *„Die Eisenbahnbrücke ist für den deutschen Vormarsch gesichert. Nun geht Infanterie vor gegen den Feind, der so lange als unberechenbare Drohung an des Reiches Ostgrenze stand.”* Russische Bedrohung?! Von der NATO wird sie auf der Warschauer Tagung 2016 erneut beschworen und war bereits schon 1951 von Adenauer in seiner Rede in Bad Ems als Gespenst an die Wand gemalt worden; er forderte die deutsche Wiederbewaffnung zur Rettung Europas.

Ich schaute auf eine große Karte *„Das europäische Russland”* von Herbst 1940; darin ein ungefüger, immer wieder neu angesetzter, roter Strich, von Lublin bis nahe Stalingrad und irgendwie wieder zurück: Der Irrweg meines Stiefvaters vom 22. Juni 1941 bis Mai 1945. Ich schaute in einen Karton mit Fotos von ihm. Eines in 6 x 9 zeigt ein mit Blumen geschmücktes Grab eines russischen Piloten, an einem Stock eine Inschrift: „gefallen im Luftkampf 25.VI.41″. Auf der Rückseite in der Handschrift meines damals 22-jährigen Stiefvaters: *„Tiefangriff auf unser Lager von mir mit M.G. abgeschossen. H.”*

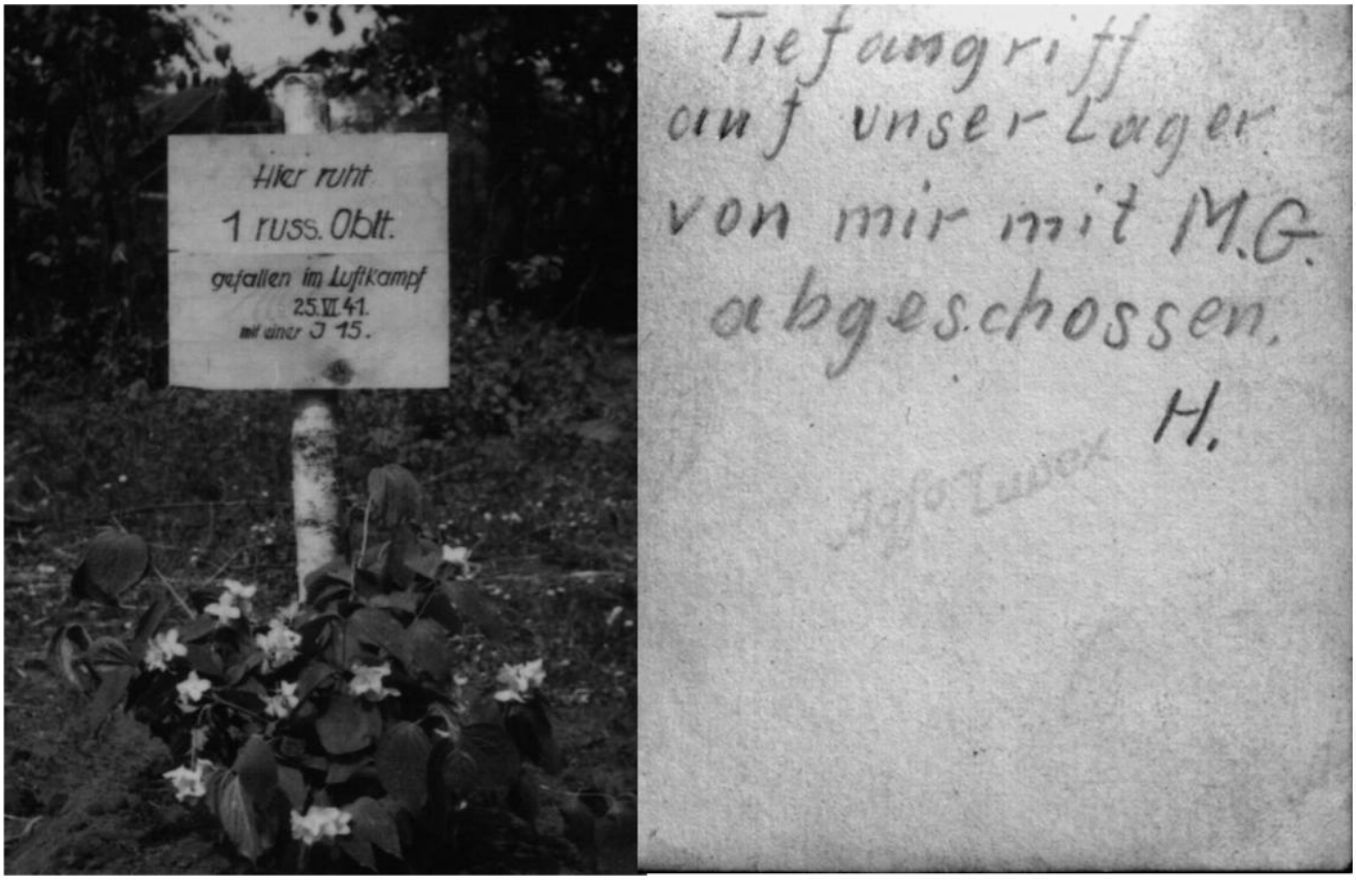


Abb. 12/ Abschuss
Titel: Grab eines sowjetischen Piloten
Quelle: Privatbesitz W. Göhring

Wollen die Herren Merz, Wadephul, Pistorius [Letzterer war in seinen politisch-nüchternen, nicht-bellizistischen Tagen von November 2006 bis Februar 2013 immerhin Oberbürgermeister der „Friedensstadt“ Osnabrück – *RW*] und all die andern, die „zeitenwenderisch“ auf die alte Kriegstrommel hauen, die jungen Leute wieder zwingen, russische Piloten abzuschießen? Meinen Jüngsten sollen sie und ihresgleichen nicht für derlei Barbarei haben!



Soldaten der Ostfront!

Erfüllt von tiefster Sorge für das Dasein und die Zukunft unseres Volkes habe ich mich am 22. Juni entschlossen, den Appell an Euch zu richten, dem drohenden Angriff eines Gegners noch in letzter Stunde zuvorzukommen. Es war die Absicht der Machthaber des Kremls — wie wir es heute wissen —, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa zu vernichten.

Zwei Erkenntnisse, Kameraden, werdet Ihr unterdes gewonnen haben:

1. Dieser Gegner hatte sich für seinen Angriff militärisch in einem so enormen Ausmaße gerüstet, daß auch die stärksten Befürchtungen noch übertroffen worden sind.
2. Gnade Gott unserem Volk und der ganzen europäischen Welt, wenn dieser barbarische Feind seine Zehntausende an Panzern vor uns in Bewegung hätte setzen können.

Ganz Europa wäre verloren gewesen. Denn dieser Feind besteht nicht aus Soldaten, sondern zum großen Teil nur aus Bestien.

Nun, meine Kameraden, habt Ihr selbst mit eigenen Augen das „Paradies der Arbeiter und der Bauern" persönlich kennengelernt. In einem Lande, das durch seine Weite und Fruchtbarkeit die ganze Welt ernähren könnte, herrscht eine Armut, wie sie für uns Deutsche unvorstellbar ist. Dies ist das Ergebnis einer nunmehr bald 25jährigen jüdischen Herrschaft, die als Bolschewismus im tiefsten Grund nur der allergemeinsten Form des Kapitalismus gleicht.

Die Träger dieses Systems sind aber auch in beiden Fällen die gleichen: Juden und nur Juden.

Soldaten!

Als ich Euch am 22. Juni gerufen habe, um die furchtbar drohende Gefahr von unserer Heimat abzuwenden, seid Ihr der größten militärischen Macht aller Zeiten entgegengetreten. In aber knapp 3 Monaten ist es, dank Eurer Tapferkeit, meine Kameraden, gelungen, diesem Gegner eine Panzerbrigade nach der anderen zu zerschlagen, zahllose Divisionen auszulöschen, ungezählte Gefangene zu machen, endlose Räume zu besetzen, — nicht leere, sondern jene Räume, von denen dieser Gegner lebt und aus denen seine gigantische Kriegsindustrie mit Rohstoffen aller Art versorgt wird.

In wenigen Wochen werden seine drei ausschlaggebendsten Industriebezirke restlos in Eurer Hand sein!

Eure Namen, Soldaten der deutschen Wehrmacht und die Namen unserer tapferen Verbündeten, die Namen Eurer Divisionen, Regimenter, Eurer Schiffe und Luftgeschwader werden für alle Zeiten verbunden sein mit den gewaltigsten Siegen der Weltgeschichte.

Über 2 400 000 Gefangene habt Ihr gemacht;

über 17 500 Panzer und

über 21 600 Geschütze vernichtet oder erbeutet;

14 200 Flugzeuge wurden abgeschossen oder am Boden zerstört.

Die Welt hat Ähnliches bisher noch nie gesehen!

Das Gebiet, das die Deutschen und die mit uns verbündeten Truppen heute besetzt halten, ist mehr als doppelt so groß wie das Deutsche Reich vom Jahre 1933, mehr als viermal so groß wie das englische Mutterland.

Seit dem 22. Juni sind die stärksten Stellungssysteme durchbrochen worden, gewaltige Ströme wurden überschritten, unzählige Orte erstürmt, Festungs- und Bunkeranlagen zertrümmert oder ausgeräuchert. Angefangen vom hohen Norden, wo unsere so überaus tapferen finnischen Verbündeten zum zweitenmal ihr Heldentum bezeugten, bis zur Krim steht Ihr heute im Verein mit slowakischen, ungarischen, italienischen und rumänischen Divisionen rund 1000 Kilometer tief in Feindesland. Spanische, kroatische und belgische Verbände schließen sich nunmehr an, andere werden folgen.

Denn dieser Kampf wird — vielleicht zum ersten Mal — von allen Nationen Europas als eine gemeinsame Aktion zur Rettung des wertvollsten Kulturkontinents angesehen.

Gewaltig ist aber auch die Arbeit, die hinter Eurer gigantischen Front geleistet wurde.

Fast 2000 Brücken von über 12 m Länge sind gebaut worden;

405 Eisenbahnbrücken wurden hergestellt;

25 500 km Eisenbahnen sind wieder in Betrieb genommen;

Ja: Über 15 000 km Bahnen sind bereits auf die allgemeine europäische Spurweite umgenagelt.

An Tausenden von Kilometern Straßen wird gearbeitet.

Große Gebiete sind schon in die zivile Verwaltung übernommen. Dort wird das Leben schnellstens wieder nach vernünftigen Gesetzen in Gang gebracht. Ungeheuere Lager an Verpflegung, Treibstoff und Munition aber liegen bereit!

Dieses größte Ergebnis eines Kampfes wurde dabei erreicht mit Opfern, deren Zahl — bei aller Schwere für die einzelnen Kameraden und ihre Angehörigen — im gesamten noch nicht 5 vH. derjenigen des Weltkrieges beträgt.

Was ihr, meine Kameraden, und was die mit uns verbündeten tapferen Soldaten an Leistungen, an Tapferkeit, an Heldentum, an Entbehrungen und Anstrengungen in diesen kaum dreieinhalb Monaten hinter Euch haben, weiß keiner besser als derjenige, der einst selbst als Soldat im vergangenen Krieg seine Pflicht erfüllte.

In diesen 3½ Monaten, meine Soldaten, ist nun aber endlich die Voraussetzung geschaffen worden zu dem letzten gewaltigen Hieb, der noch vor dem Einbruch des Winters diesen Gegner zerschmettern soll. Alle Vorbereitungen sind - soweit sie Menschen meistern können - nunmehr fertig. Planmäßig ist dieses Mal Schritt um Schritt vorbereitet worden, um den Gegner in jene Lage zu bringen, in der wir ihm jetzt den tödlichsten Stoß versetzen können.

Heute ist nun der Beginn der letzten großen Entscheidungsschlacht dieses Jahres.

Sie wird diesen Feind und damit auch den Anstifter des ganzen Krieges, England selbst, vernichtend treffen. Denn indem wir diesen Gegner zerschlagen, beseitigen wir auch den letzten Bundesgenossen Englands auf dem Kontinent. Vom deutschen Reich aber und von ganz Europa nehmen wir damit eine Gefahr hinweg, wie sie seit den Zeiten der Hunnen- und später der Mongolenstürme entsetzlicher nicht mehr über dem Kontinent schwebte. Das deutsche Volk wird deshalb in den kommenden wenigen Wochen noch mehr bei Euch sein als bisher.

Was Ihr und die mit uns verbündeten Soldaten geleistet habt, verpflichtet schon jetzt alle zu tiefster Dankbarkeit. Mit angehaltenem Atem und Segenswünschen aber begleitet Euch in den nächsten schweren Tagen die ganze deutsche Heimat. Denn ihr schenkt Ihr mit Gottes Hilfe nicht nur den Sieg, sondern damit auch die wichtigste Voraussetzung für den Frieden!

Führerhauptquartier, den 2. Oktober 1941.

Adolf Hitler
Führer und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht.

Abb. 13/ Ostfront
Titel: Hitlers Höllenritt nach Moskau. Tagesbefehl vom 2. Oktober 1941

Quelle: Privatbesitz W. Göhring (als Foto)

„Zeitenwende“ löste in mir ein Déjà-vu aus. Sie hatte eigentlich viel früher begonnen, nämlich als der frühere westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher den Trick mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag verkündete und einen Friedensvertrag als nicht weiter nötig bezeichnete. Da kontrollierte er bereits die Außenpolitik der DDR. Er verhandelte eigentlich mit sich selbst, bevor er das Ergebnis den Vier Mächten vorlegte. Die Einführung des Kapitalismus in der geschleiften DDR und in der Sowjetunion und schließlich die Auflösung der Letzteren dürfte Genscher mit Genugtuung wahrgenommen haben. Kurz nach dem Krieg hatte er in der sowjetisch besetzten Zone einer Gruppe liberaler Studenten angehört, die für ungebremste Markwirtschaft wirkten. Das war gegen die Staatsdoktrin der Sowjetunion, das war Hochverrat an deren Verfassung. Einige Mitglieder der Gruppe wurden verhaftet, der führende Kopf in Moskau zum Tode verurteilt und erschossen. Genscher wurde gewarnt und floh in den Westen. Die *Frankfurter Rundschau* berichtete in den 1990ern darüber.

Genscher setzte eine Zeitenwende mit der Anerkennung Kroatiens als selbständiger Staat. Kroatien hatte heimlich einen Großteil der Waffen der DDR erhalten. Rainer Eppelmann als Abrüstungsminister der DDR und Jörg Schönbohm als General der Bundeswehr waren zuständig. Jugoslawien wurde mit deutscher Hilfe weiter zertrümmert. Die völkerrechtswidrige Bombardierung Serbiens mit weit über 2.000 zivilen Toten, darunter hunderte Kinder und Jugendliche im Jahr 1999, war ein weiteres Stück einer Wende. Die ökonomische und politische Dominanz Deutschlands im Bunde mit Österreich, wie sie einmal auf dem Balkan bestanden hatte, sollte wiedererstehen, Großbritannien, Frankreich und den USA einen gebührenden Teil überlassend.

Am 22. Juni 2021 fand in Bonn vor dem Alten Rathaus ein Gedenken zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion statt. Vertreter von Weißrussland und Russland nahmen daran teil. Der ukrainische Botschafter Melnyk war auch eingeladen und sagte ab – klar. Die Bonner Oberbürgermeisterin, Frau Dörner von den Grünen, eine *Mayor for Peace*, war auch eingeladen und sagte kurzfristig ab. Städtischen Vertretern untersagte sie die Teilnahme.

In einer offenen E-Mail an Frau Dörner bezeichnete ich ihr Verhalten als schäbig. Während des Gedenkens, so schrieb ich der *Mayor for Peace*, kamen mir Berichte von mir persönlich nahen Zeitzeugen über deutsche Verbrechen in der Sowjetunion in den Sinn. Sie meinte in ihrer Antwort, wir dürften nicht wegsehen, wenn Menschen gefoltert und misshandelt werden. Mit der erzwungenen Landung eines Flugzeugs in Minsk und der Festnahme eines Regimekritikers und seiner Begleiterin habe eine weitere Eskalation in Belarus stattgefunden, und sie hätte nicht mit einem Vertreter dieses Staates auf einem Foto

erscheinen wollen. Dieser Mensch – so ergänze ich – rief in seiner kurzen Ansprache trotz der Folterungen, Misshandlungen und Ermordungen seiner Landsleute durch Deutsche zur Versöhnung als einzig gangbarem Weg auf, er wäre gewiss bereit gewesen, sich mit Frau Dörner, einer Nachfahrin dieser millionenfachen Menschenrechtsverletzer, auf einem Foto zu zeigen. Frau Dörner hat mit ihrer Absage nicht nur den weißrussischen Botschafter, sondern auch den russischen Konsul in Bonn brüskiert, und gleichermaßen die Millionen Menschen, die sie vertreten. Dieses Stück zur *Zeitenwende* lief – wohlgemerkt – acht Monate vor Beginn der russischen „Spezialoperation" in der Ukraine.



Die Oberbürgermeisterin

STADT. CITY. VILLE. BONN.

Herrn
Wolf Göhring
Hoholzstraße 77
53229 Bonn

Bonn, den 5. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Göhring,

herzlichen Dank für Ihre Rückmeldung und Ihre Kritik an meiner Entscheidung, dass kein städtischer Vertreter an der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion teilnehmen sollte.

Bitte lassen Sie mich zunächst klarstellen, dass diese Entscheidung in keiner Weise das Gedenken schmälern soll an den schrecklichen Vernichtungskrieg, die damit verbundenen unzähligen Toten und an das unermessliche Leid, das von Deutschland ausging. Ganz unbestritten stehen wir in einer historischen Verantwortung und ich danke den Veranstaltern, dass sie mit dieser Gedenkstunde dieser historischen Verantwortung gerecht geworden sind.

Ich teile allerdings nicht die Ansicht der Veranstalter, dass man sich bei dieser Kundgebung auf das Historische konzentrieren könne und das Aktuelle ausblendet. Vielmehr finde ich, dass wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, dass wir auch eine aktuelle Verantwortung tragen. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass Menschenrechte missachtet und die Pressefreiheit eingeschränkt werden. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Menschen eingeschüchtert, gefoltert und misshandelt werden. Wir dürfen es nicht akzeptieren, wenn einem Regime alle Mittel Recht sind, sich an der Macht zu halten. Egal ob in Europa oder anderswo auf der Welt.

Mit der erzwungenen Landung eines Flugzeuges in Minsk und durch die Festnahme des Regimekritikers Roman Protasewitsch und seiner Begleiterin hat die aktuelle Situation in Belarus eine neue Eskalationsstufe erreicht. Vor diesem Hintergrund bitte ich um Verständnis dafür, dass ich nicht mit Vertretern eines solchen Regimes auf einem Foto

Stadthaus
Berliner Platz 2, 53111 Bonn
Germany

Telefon: +49 228 - 77 20 00
Telefax: +49 228 - 77 24 67
katja.doerner@bonn.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier zertifiziert mit dem „Blauen Engel"

STADT. CITY. VILLE. BONN.

festgehalten werden möchte, während die Veranstalter gleichzeitig darum bitten, den Blick ausschließlich zurück zu wenden und aktuelle Themen nicht zu adressieren. Die Gefahr einer Instrumentalisierung auch meiner Person erscheint mir angesichts dessen als zu groß.

Ich würde mich freuen, wenn Sie meine Entscheidung mit dieser Begründung ein wenig besser nachvollziehen können und betone noch einmal ausdrücklich, dass diese Entscheidung das Gedenken an diesem besonderen Tag nicht schmälern sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Dörner

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier zertifiziert mit dem „Blauen Engel"

Abb. 14/ Dörner
Titel: Antwort der Bonner Oberbürgermeisterin auf meine offene Email
Quelle: Privatbesitz W. Göhring

Wie bewerten Sie das Gerede, Russland zu schwächen oder sogar zu ruinieren?

Einen großen Sprung vorwärts in die Vergangenheit machte die ministerielle Trampolinkünstlerin [gemeint ist Ex-Außenministerin Annalena Baerbock – RW]. Am 8. Dezember 2021 hatte sie den Amtseid abgelegt, wonach sie dem Wohl des deutschen Volkes dienen werde. Wenig später und einen ganzen Monat vor Beginn der russischen „Spezialoperation" erklärte sie, Deutschland sei bereit, einen hohen Preis zu zahlen, um Russland zu ruinieren. Ich gehöre zu Deutschland. Ich war weder damals noch heute bereit, Russland zu ruinieren und schon gar nicht, einen hohen Preis dafür zu zahlen. Das wäre eine Handlung, die das friedliche Zusammenleben mit Russland stört; sie ist verfassungswidrig (Artikel 23 GG) und verstößt gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag, wonach von Deutschland nur Frieden auszugehen hat und kein Ruinieren eines anderen Staates.

Wer wie Baerbock vom Weltwirtschaftsforum zur *Young Gobal Leader* – jungen Weltenlenkerin – ausgebildet wurde, muss sich wohl in deutschem Staatsrecht nicht auskennen. Ihr genügte es, den amerikanischen Neocons nachzuplappern – drei Wochen vor Scholz' Besuch bei Putin. Einen Verzicht auf die Ruinierung Russlands hat man von Scholz nicht gehört. Dass Russland derartige deutsche imperialistische Absichten, zumal im Windschatten der USA, nicht einfach wegsteckt, müsste Scholz und Baerbock klar gewesen sein.



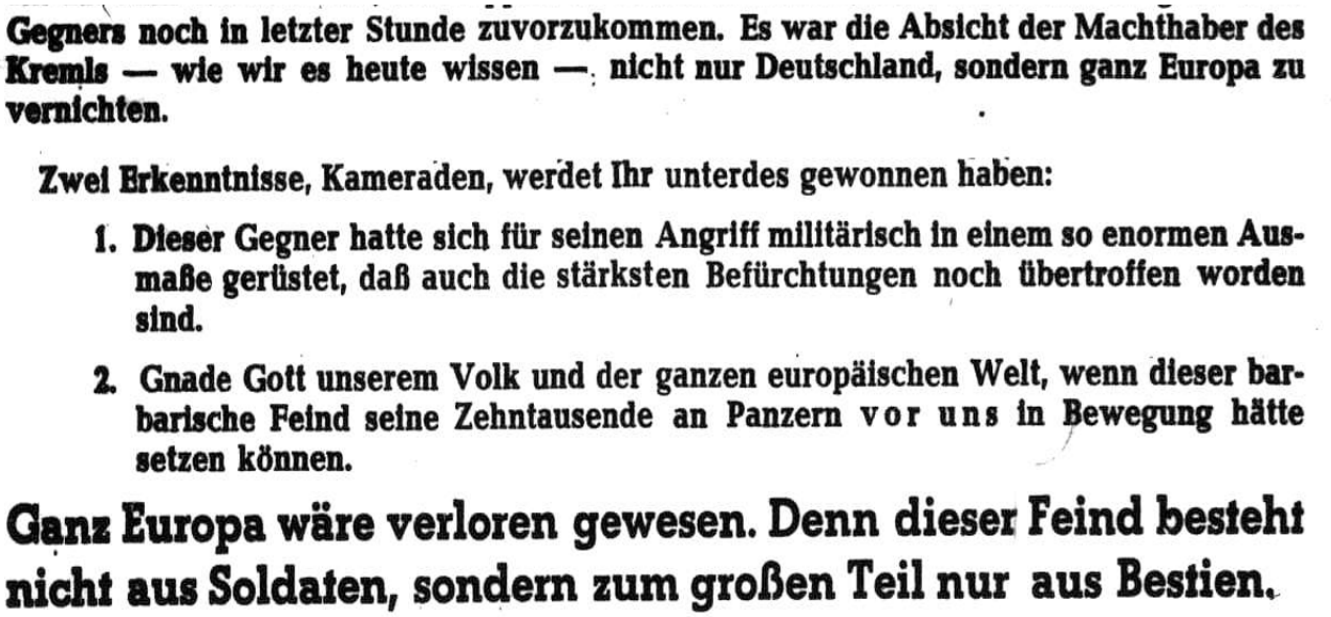
Abb. 15/ Ruinieren
Titel: Auf dem Weg zur Ruinierung Russlands
Quelle: Der Stoßtrupp Nr. 459, 15. September 1941, Privatbesitz W. Göhring

Baerbocks Absicht vom Ruinieren Russlands ist etwas sanftmütiger formuliert als Hitlers Absicht vom Juni 1941, sie läuft trotzdem auf die gleiche Sache hinaus. Hitler startete eine Tragödie; die heutigen Kriegstreiber haben es allerdings erst zur Farce jener Tragödie gebracht, auch wenn schon viele Menschen krepiert sind oder zu Krüppeln wurden.

Warum suchen aus Ihrer Sicht so viele Menschen wie in früheren Zeiten ihr Heil in der Konfrontation?

Allenthalben verfallen Leute der Kriegslogik, denken sie ans Abschrecken und Hochrüsten. Scholz schwätzte vom *„Doppelwumms"*. Im April 2025 stand in der *Frankfurter Rundschau (FR)*, Frankfurt sei nicht auf „den Krieg vorbereitet". Auf welchen? Werden Luftschutzwarte ernannt und die Dachböden mit Feuerpatschen ausgestattet?

„Wer wollte ernsthaft den Soldatinnen und Soldaten der ukrainischen Armee den Willen absprechen, ihr Land und mit diesem unsere Freiheit vor Putins morbiden Expansionsgelüsten zu schützen?", so Harry Nutt in diesem Blatt. „Morbide Expansionsgelüste"? Wie kommt Nutt auf derart „morbide" Gedanken? Im Juni des Vorjahres hatte Peter Rutkowski in der FR den „kleingeistigen blutrünstigen Putinismus" entdeckt. Ewiggestrige können leicht das Wort aus Hitlers Tagesbefehl vom 2. Oktober 1941 anfügen: *„Dieser Feind besteht nicht aus Soldaten, sondern zum großen Teil nur aus Bestien"*, nur zwei Tage nachdem sich in Kiew deutsche Soldaten als Bestien aufführten, indem sie 35.000 jüdische Menschen erschossen.



Gegners noch in letzter Stunde zuvorzukommen. Es war die Absicht der Machthaber des Kremls — wie wir es heute wissen —, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa zu vernichten.

Zwei Erkenntnisse, Kameraden, werdet Ihr unterdes gewonnen haben:

1. Dieser Gegner hatte sich für seinen Angriff militärisch in einem so enormen Ausmaße gerüstet, daß auch die stärksten Befürchtungen noch übertroffen worden sind.
2. Gnade Gott unserem Volk und der ganzen europäischen Welt, wenn dieser barbarische Feind seine Zehntausende an Panzern vor uns in Bewegung hätte setzen können.

Ganz Europa wäre verloren gewesen. Denn dieser Feind besteht nicht aus Soldaten, sondern zum großen Teil nur aus Bestien.

Abb. 16/ Bestien
Titel: Auszug aus Hitlers Tagesbefehl „Soldaten der Ostfront" vom 2. Oktober 1941 zur Eröffnung der Schlacht um Moskau
Quelle: Privatbesitz W. Göhring (als Foto)

„Kriegstüchtig wie nur je", stand im Frühjahr 2025 in einer E-Mail. Kein Zitat von Boris Pistorius, sondern von Goebbels vom 9. Juli 1944 in der Wochenschrift *„Das Reich"*. Damals vermochte ich als Knirps beim ersten Alarm flink in einen Bunker zu flitzen. Heute möchte ich als alter Mensch das nicht wieder haben. Darum: *Nie wieder kriegstüchtig.*

Warum bringen sich so viele mit derartigen Wortgeschützen und schließlich mit echten Geschützen in Stellung? Warum schreiben die Älteren in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* den Jungen vor, wie einst mein Vater „im hochintensiven Gefecht Leib und Leben zu riskieren"? Was trieb die deutschen Imperialisten der Hitlerzeit zum Krieg mit der

halben Welt, „bis alles in Scherben fällt"? Was treibt sie heute?

Wieso wurde China von den USA zum „systemischen Rivalen" ernannt? Wieso muss „Europa" militärisch stark werden und unabhängig von den USA? Wie kommt es zu solchen Konfrontationen?

Die Kriegstreiber brauchen Waffen. Sie müssen produziert werden – von Arbeitnehmern, die froh sein sollten, wenn sie einen solchen Job hätten. *„Die Industriearbeitsplätze hier in Görlitz sind ein wichtiger Motor der Region und die Existenzgrundlage für viele Familien"*, meint die CDU Sachsens, nachdem dort nach 175 Jahren keine Waggons mehr, sondern Panzer gebaut werden sollen. Sachsens Ministerpräsident Kretschmer beschwatzt die frisch gekürten Panzerbauer: *„Es geht um Ihre Arbeitsplätze, Ihre Zukunft."*

Die industriell-kapitalistische Produktionsweise führt zur Konfrontation, die im kompromisslosen Austausch der Produkte beginnt, im *„higgling and bargaining on the market"*, im Feilschen und Zocken auf dem Markt, wie Adam Smith es nannte, wo jeder leer ausgeht, der nichts zu bieten hat. Die Produkte werden Waren, die ausgetauscht werden müssen, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind, so Marx. Erst im Austausch erweist sich, ob die Produkte für andere einen Nutzen haben. Die meisten von uns haben nichts zu bieten als ihre Arbeitskraft, die sie für Lohn verkaufen müssen, um umgekehrt ihren Lohn beim Kauf des Nötigen wieder abzuliefern. Marx und Engels nannten diese „Arbeitnehmer" Proletarier. Daneben gibt es Leute – Kapitalisten –, die so viel Kapital in Form von Geld, Produktionsanlagen und Rohstoffen besitzen, dass sie Arbeitskräfte kaufen und auf ihre Weisung, ihr Kommando hin produzieren lassen können. So viel zu dieser Produktionsweise, deren Analyse Marx und Engels viele tausend Seiten Text kostete. Zu der resultierenden Konfrontation zwischen Kapitalisten und schließlich zwischen Staaten als jeweiligen „ideellen Gesamtkapitalisten" in der Form des Imperialismus haben Lenin und auch Bucharin einiges notiert.

Ihr Résumé: Wie kann man sich aus und von der Logik der Konfrontation befreien?

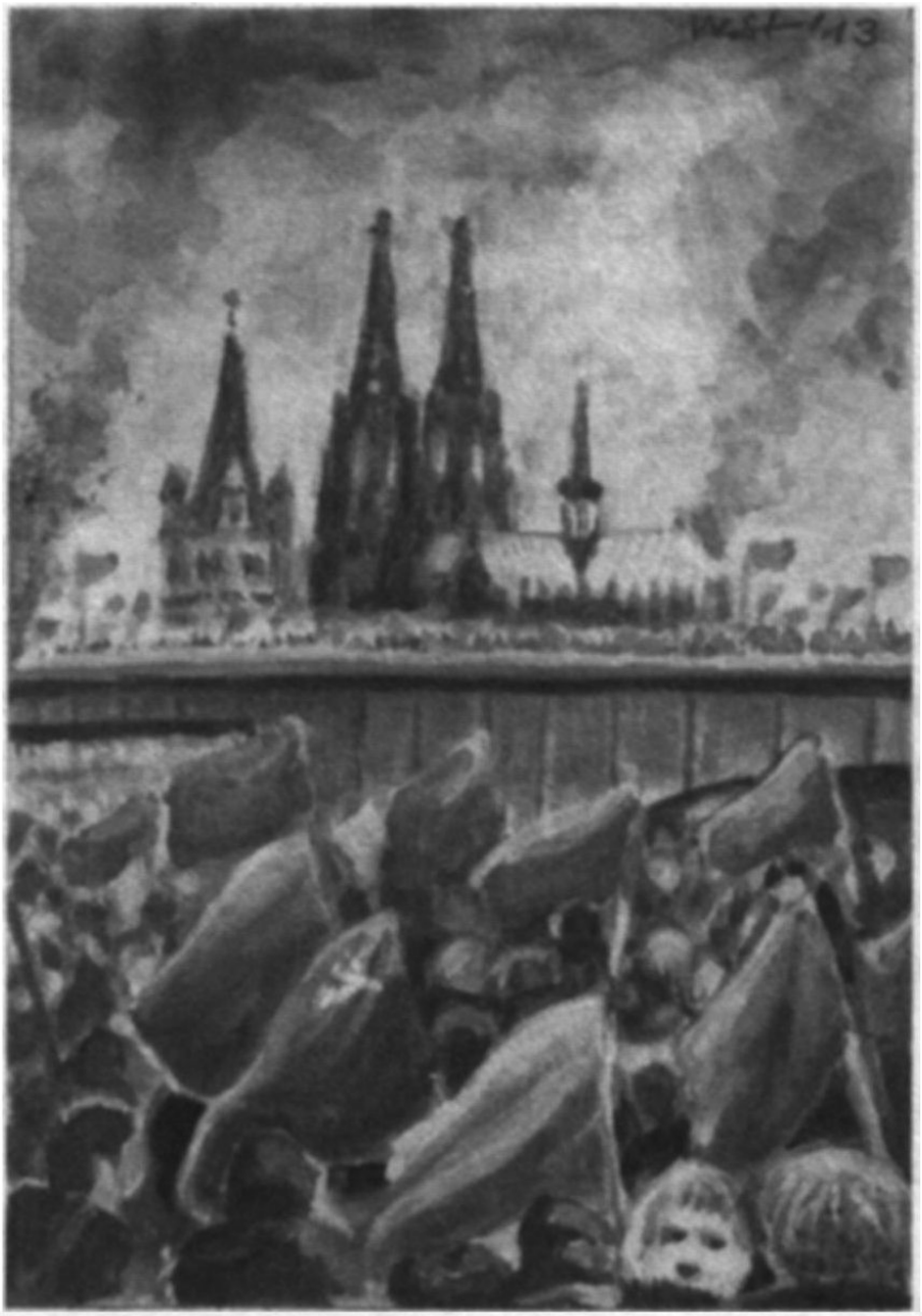
Der kompromisslose Austausch hängt an der Art der gesellschaftlichen Produktion, nämlich an den „voneinander unabhängigen Privatarbeiten". Doch, die Produktion lässt sich so umorganisieren, dass der Austausch und mit ihm die Konfrontation entfällt. Seit 1848, also seit 177 Jahren gibt es ein Projekt, das darauf abzielt, nämlich *„Proletarier aller Länder vereinigt euch!"* Das ist mehr, als einen Streik zu führen oder mit Hundertausenden auf einer großen Wiese zu demonstrieren. Das ist mehr, als dass sich Vertreter von Proletariern hin und wieder für ein paar Tage zu politischen Debatten treffen. Die Proletarier sollen dort, wo sie als Proletarier wirken, nämlich im Job, während der Arbeit die Verbindung zu denen

in anderen Betrieben und Unternehmen, auch über Sprach- und Landesgrenzen hinaus suchen, um Produktion und Verteilung von Gütern und Leistungen im eigenen Interesse zu regeln und praktisch zu handhaben, und zwar weit über die bereits in Lieferketten bestehenden, vom Kapital eingesegneten stofflichen und personellen Verbindungen hinaus.

Die Lieferketten, die Infrastrukturen des Verkehrs und Transports, die Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, die Produktionsmittel in den Unternehmen, die Systeme für Bildung, Gesundheit sowie für Ver- und Entsorgung: Proletarier haben sie geschaffen, Proletarier halten sie in Gang, alles in gemeinschaftlicher Arbeit. Die Proletarier haben hierfür kein Kapital vorgeschossen, dessen Einsatz sich rentieren müsste. Sie müssen deshalb nicht die Gewinnoptimierung in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen stellen, sondern die Frage, was in welchem Maß benötigt wird und wie es geschaffen oder geleistet werden wird und welche Ergebnisse dieser gesellschaftlichen Arbeit ihnen und all den weiteren Menschen zugutekommen sollen.

In einer solchen Welt wäre die Schummelsoftware bei Dieselautos – vermeintlich zur Sicherung von Marktanteilen und Gewinnen – nicht möglich gewesen; das Schummeln wäre aufgeflogen, bevor man sich daran gemacht hätte. Als *Nord Stream 2* noch heile war, aber von Habeck blockiert wurde, hätten sich die Leute in Schwedt selber mit ihren Kollegen in Russland verabreden können, um die Röhre in Betrieb zu nehmen. Habeck hätte Rumpelstilzchen im Wald spielen können, aber russisches Gas wäre nach Deutschland geflossen. Die Beschäftigten in den USA, deren Arbeitsplätze von Trumps Kettensägen-Truppe abgehängt werden, könnten das Ganze gemeinsam ignorieren und ihre Arbeit weiter erledigen und zugleich eine öffentliche Debatte anstoßen, was gegebenenfalls wie zu ändern wäre, ohne selbst doch noch auf der Straße zu landen.

Trumps Zollkrawall könnte ein international vereinigtes Proletariat, zu dem auch die Zöllner gehören, an sich abperlen lassen und dabei die Arbeit so umverteilen, dass die Zöllner keine Zöllner mehr wären, aber keineswegs arbeitslos. Jemandem zu befehlen, er möge „Stahlhelme statt Kochtöpfe" produzieren, wie Wolfgang Borchert es in seinem Gedicht „Sag Nein" benannte, wäre gleichfalls ein Unding. Die Zusammenarbeit der Proletarier über alle betrieblichen, sprachlichen und staatlichen Grenzen hinweg würde verhindern, dass die einen Eisenerz fördern, aus dem die anderen Kanonen machen, die gegen die ersteren gerichtet werden. Man erkennt die Ketten, die die Proletarier zu verlieren hätten, und welche Welt sie gewönnen, ignorierten sie die Weisungen von Kapitaleignern und Großkopfeten und machten ihr eigenes Ding. Sie würden Freiheiten einführen und Demokratie auch in der Produktion durchsetzen. Kurzum mit Bert Brecht: *„Wir brauchen keine neuen Herren, wir brauchen keine Herren"*.



De Prolete han nix dodren ze verleere wie ehr Kette. Se han en Welt zo jewenne.

Prolete vun all Länder – doot üch verinije!

Abb. 17/ Manifeß
Titel: Aus: „Et kummenistisch Manifeß op Kölsch"

Welche Chancen sehen Sie persönlich für „Proletarier aller Länder vereinigt euch"?

Das Projekt *„Proletarier aller Länder vereinigt euch!"* kann wieder Fahrt aufnehmen. Mittels Informations- und Kommunikationstechnik, woran zu Marx' Zeiten nicht zu denken war, können die Arbeitnehmer Produktion und Verteilung der Güter auf eine neue Weise organisieren, ohne bei null anzufangen. Die „voneinander unabhängig betriebenen Privatarbeiten" können von den wirklichen Machern, nämlich den *Arbeiternehmern*, so verbunden werden, dass kompromissloser Austausch, kapitalistische Konkurrenz und massive Konfrontation entfallen. Die benötigten Daten sind vorhanden, teils in abgeschotteten privaten Häppchen einer globalen Cloud. Man sollte tun, was die Freaks der elektronischen Datenverarbeitung schon immer wollten: *Zusammenführen dieser Daten*.

Gewiss ist die Sache um vieles komplexer und komplizierter als hier skizziert. Etwa eine Milliarde Menschen kocht sich ihr Essen an offenen Feuern. In manchen Gegenden setzen US-Konzerne oder Vasallen der USA sklavenartiges Arbeiten durch. Zwölf Prozent der weltweiten Arbeitskräfte arbeiten in der „Plattformökonomie" à la *Uber* und *Lieferando* unter extrem schlechten Bedingungen. Die Menschen in solchen Verhältnissen benötigen unsere Solidarität, um sich mit ihren Co-Proletariern vereinen zu können. Die weltweite Vereinigung ermöglicht es, Krieg abzuschaffen sowie die Umwelt- und Klimaprobleme und die milliardenfachen sozialen Probleme zu bewältigen. Sie bietet – im Jargon der Vereinten Nationen – „unprecedented opportunities", nie dagewesene Möglichkeiten.

Also: Gewerkschaften und ihre Zusammenarbeit weltweit stärken, Mitbestimmung „in der Wirtschaft", die Friedensbewegung in all ihren Facetten unterstützen und ergänzen, Neinsagen bei und Blockieren von Waffenproduktion, Ausbau von Bildung sowie von Kranken- und Altenversorgung. Und immer wieder: Wir können und wollen uns noch mehr zusammentun; wir können uns die weltweite gesellschaftliche Produktion, die wir ja längst schon leisten, auch unseren Interessen unterordnen. Es gilt zu überwinden, was Karl Valentin karikierte: *„Mögen hätt' ich schon wollen, aber dürfen hab' ich mich nicht getraut."*

Als Follower von Marx und Engels nehm' ich zum Schluss noch Schiller hinzu: *„Frisch, Gesellen, seid zur Hand!"*

Titelbild: (c) privat

Lesetipp zum Thema
Fabian Scheidler: Friedenstüchtig. Wie wir aufhören können, unsere Feinde selbst zu

schaffen. Wien 2025, Promedia Verlag, Taschenbuch, 224 Seiten, ISBN 978-3853715499, 20,00 Euro.